

## Umsetzung des Digitalpakts: Antworten der GEW Rheinland-Pfalz auf eine Umfrage des GEW-Bundesforums Bildung in der digitalen Welt mit der VV Förderrichtlinie für RLP von 2019 (als Anlage)

Im März 2019 hat die GEW das „Bundesforum Bildung in der digitalen Welt“ eingerichtet. Auf der Grundlage des **Gewerkschaftstagsbeschlusses von 2017<sup>1</sup>**, in dem die GEW die Anforderungen an Bildung in der digitalen Welt umfänglich formuliert, hat das Forum den Auftrag, **arbeitspolitische, rechtliche und pädagogische Herausforderungen** zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln. Vorschläge für eine bessere **Verankerung von Medienbildung und Digitalisierung in den Curricula** stehen ebenso auf der Agenda wie die **Aus- und Fort- und Weiterbildung der Lehrenden**. Weil die Digitalisierung auch ein Einfallstor für die Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens ist, spielen schließlich die **Verteidigung öffentlich verantworteter und finanzierter Bildung** sowie das **Zurückdrängen des zunehmenden Lobbyismus** eine zentrale Rolle.

Näheres siehe <https://www.gew.de/bildung-digital/>

**Eine Umfrage des Bundesforums beantwortete die GEW Rheinland-Pfalz im Juli 2019<sup>2</sup> mit den folgenden Ausführungen:**

### **1. Wie sehen die inhaltlichen Planungen eures Bundeslandes zur Umsetzung von DigitalPakt und KMK-Strategie Bildung in der digitalen Welt aus?**

In Rheinland-Pfalz werden unter dem Oberbegriff „**Digitale Bildung**“ (vergleichbar mit der informatischen Bildung, wie sie von der Gesellschaft für Informatik 1999 definiert wurde) (siehe <https://informatik.bildung-rp.de/fachdidaktik/digitale-bildung.html>) **Medienbildung digitaler Art** und **Fachunterricht Informatik** zusammengefasst. Der Begriff „**Medienbildung (digitaler Art)**“ entspricht dem in der KMK-Strategie definierten Bereich „**Bildung in der digitalen Welt**“, der als Querschnittsthema in den Lehrplänen aller Fächer zu verankern ist. Medienbildung „enthält in der Schnittmenge mit dem Fach Informatik auch informatische Grundlagen, die sich vor allem auf konkrete Anwendungsszenarien beziehen und unter anderem gesellschaftliche, rechtliche und ethische Aspekte beleuchten. Der kompetente Umgang mit digitalen Medien kann als Kulturtechnik angesehen werden, die die traditionellen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen ergänzt und verändert“.

Das **Fach Informatik** „fördert die universell einsetzbaren und relevanten Kompetenzen für ein Leben in der digitalen Welt. Im Informatikunterricht erwerben Schülerinnen und Schüler Fähigkeiten und Fertigkeiten, die sie langfristig handlungsfähiger in einer digitalen Welt machen, die sich fortwährend ändert und erweitert“. Dazu gehören „Umgang mit Modellierungs- und Strukturierungskonzepten, Softwarewerkzeugen und Programmiersprachen“. Im Mittelpunkt stehen die „systematische Darstellung, Verarbeitung und Übertragung von Informationen“.

<sup>1</sup> [https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse GT 2017/3 Bildungspolitik/3.26 Bildung in der digitalen Welt FV.pdf](https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/GEW/GEW-Beschluesse/Beschluesse_GT_2017/3_Bildungspolitik/3.26_Bildung_in_der_digitalen_Welt_FV.pdf)

<sup>2</sup> Die aktuellen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz sind auf der Website des Bildungsministeriums zum Digitalpakt zu finden: <https://digitalpakt.rlp.de/de/startseite/>  
Informationen zum Antragsverfahren finden sich bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz: <https://isb.rlp.de/digitalpakt-schule>

Bereits 2016 hat die Landesregierung in der „**Landesstrategie für das digitale Leben**“ (siehe [https://www.digital.rlp.de/fileadmin/Redaktion/Pdf/Strategie\\_fuer\\_das\\_Digitale\\_Leben\\_RLP.pdf](https://www.digital.rlp.de/fileadmin/Redaktion/Pdf/Strategie_fuer_das_Digitale_Leben_RLP.pdf)) unter der Überschrift „Digitale Bildung entscheidet“ folgende Selbstverpflichtungen formuliert:

- Die Landesregierung fördert die Entwicklung der Medienkompetenz der Kinder in Kindertagesstätten.
- Das Land unterstützt die Arbeit mit digitalen Medien in Kindertagesstätten durch die Einrichtung von weiteren Konsultationskindertagesstätten.
- Die Landesregierung fördert die Entwicklung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler in Grundschulen.
- Bis zum Jahr 2023 sollen alle Grundschulen mit einem Startpaket an Informations- und Kommunikationstechnik ausgestattet werden, so dass sie ihren Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kompetenzen zur Teilhabe an der digitalen Welt vermitteln können.
- Bis zum Jahr 2023 werden alle rheinland-pfälzischen Lehrkräfte so aus-, fort- oder weitergebildet, dass sie ihren Schülerinnen und Schülern die Kompetenzen zur „Bildung in der digitalen Welt“ vermitteln können.
- Bis zum Jahr 2021 steht allen rheinland-pfälzischen Schülerinnen und Schülern sowie allen Lehrkräften der „Schulcampus RLP“ zur Verfügung. Damit werden auch die Rahmenbedingungen für offene Bildungsmedien (Open Educational Resources, OER) verbessert.
- Die Landesregierung unterstützt die Lehrkräftekollegien bei der Digitalisierung.
- Stärkung der MINT-Förderung und des Faches Informatik durch die MINT-Initiative und eine Profilbildung der Schulen.
- Die Landesregierung stärkt die Weiterbildungseinrichtungen und unterstützt eine stärkere Verankerung von Formaten und Lerninhalten zur Stärkung der digitalen Kompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern.
- Die Landesregierung wird den Ausbau von mobilem und flexiblem Lernen in digitalen oder digital angereicherten Kursformaten unterstützen.
- Eine Qualifizierungsoffensive für Kursleitende und Programmverantwortliche sichert deren digitale Kompetenzen.

Für den Bereich der Schulen hat die Landesregierung ein **10-Punkte-Programm „Medienkompetenz macht Schule“** entwickelt, das auf den Erfahrungen von Projektschulen seit 2007 aufbaut (siehe <https://medienkompetenz.bildung-rp.de/10-punkte-programm.html>):

- Unterrichtsqualität in allen Schulformen mit neuen medialen Lerninhalten und -methoden weiter verbessern
- Lehrerfort- und -weiterbildung als Motor schulischer Entwicklung einsetzen
- MedienkomP@ss etablieren
- Medienkompetenz an Grundschulen ausbauen
- Jugendmedienschutz und Datenschutz als Bildungsaufgabe implementieren
- Eltern weiter intensiv einbinden
- Ausbau der schulischen Infrastruktur forcieren
- Umfassende Informationen und Bildungsmedien bereitstellen
- Pilotprojekte starten und Partner gewinnen
- Die Medienkompetenznetzwerke (MKN) der Landesanstalt für Medien und Kommunikation (LMK) weiter stärken

Das Rahmenkonzept, das dem MedienkomP@ss zugrunde liegt, wurde 2017 aufgrund des Kompetenzrahmens der KMK-Strategie aktualisiert, und die für die Umsetzung erarbeiteten Handreichungen wurden neu aufgelegt (Quellenangaben siehe unter Ziff. 2).

Außerdem wird die „digitale Bildung“ schrittweise im Schulrecht verankert:

- Richtlinie für digitale Bildung in der Primarstufe, in der die Kompetenzen des KMK-Rahmenkonzepts auf das Ende der Primarstufe (4. Klasse) heruntergebrochen wurden ([https://grundschule.bildung-rp.de/fileadmin/user\\_upload/grundschule.bildung-rp.de/Downloads/Aktuelles/Richtlinie\\_Digitale\\_Bildung\\_Primarstufe.pdf](https://grundschule.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/grundschule.bildung-rp.de/Downloads/Aktuelles/Richtlinie_Digitale_Bildung_Primarstufe.pdf))
- Verwaltungsvorschrift „Genehmigung, Einführung und Verwendung von Lehr- und Lernmitteln, Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung“, die auch digitale Medien umfasst (<http://landesrecht.rlp.de/jportal/portal/t/knl/page/bsrlpprod.psm?doc.hl=1&doc.id=VVRP-VVRP00004464&documentnumber=1&numberofresults=5&doctyp=vvrp&showdoc-case=1&doc.part=F&paramfromHL=true>)
- Im Juni 2019 befasste sich der Ministerrat mit einer Schulgesetzänderung, mit der Lernen und Lehren in der digitalen Welt als Teil des Bildungsauftrags für alle Schulen im Schulgesetz verankert werden soll. Im Gesetz soll festgeschrieben werden, dass digitale Lehr- und Lernsysteme zum Unterricht in Rheinland-Pfalz gehören (siehe: <https://www.digital.rlp.de/meldungen/detail/mehr-rechte-fuer-schuelerinnen-und-schueler-digitalisierung-und-schulverwaltung-bildungsministerin-hu/110/>)

An den allgemein bildenden Schulen gab es das Fach Informatik bisher nur an Gymnasien, und zwar als Wahlfach (Klassenstufen 9 und 10 in der neunjährigen Form) oder Wahlpflichtfach (Klassenstufe 9 bzw. 8 und 9 in der achtjährigen Ganztagsform). Die Wahl dieser Fächer ist grundsätzlich Voraussetzung für die Wahl des Leistungsfaches Informatik in der gymnasialen Oberstufe der Sekundarstufe II.

Zum Schuljahr 2020/2021 werden in Rheinland-Pfalz 15 **Informatik-Profil-Schulen** aus unterschiedlichen Schularten mit Sekundarstufe I an den Start gehen. An diesen Schulen wird es Schülerinnen und Schülern möglich sein, einen durchgängigen Schwerpunkt im Lernbereich Informatik zu wählen. Das Profil zeichnet sich aus durch

- altersgemäßen Informatikunterricht für alle Schüler\*innen in Klasse 5,
- Lerngruppen mit durchgehendem Informatikunterricht in den Klassenstufen 6-10 für Schüler\*innen, die sich für diesen Schwerpunkt entscheiden,
- Informatikunterricht für die gesamte Jahrgangsstufe in Klasse 9 oder 10, verpflichtend im Rahmen einer Projektwoche – verpflichtender Inhalt = Internet of Things (zentrale Schnittstelle zukünftiger digitaler Lösungen, an der sich Sensorik, Programmierung, Datenauswertung, Anwendung und Beurteilung der Auswirkungen treffen; ideales Vehikel, um Design Thinking, algorithmisches Denken und die Interaktion verteilter Systeme zu erleben),
- Informatik-Grund- und Leistungskurse an Schulen mit gymnasialer Oberstufe.

Die Profilschulen sollen den Schüler\*innen digitale Bildung vermitteln und dem Kollegium Fortbildung zur digitalen und zur informatischen Bildung bieten.

(siehe <https://informatik.bildung-rp.de/ips/informatikunterricht.html>)

## 2. Welche Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte sind konkret vorgesehen?

Bereits in den 90er-Jahren wurden alle Lehrkräfte berufsbezogener Fächer verpflichtet, in Fort- und Weiterbildungskursen grundlegende Kompetenzen für die Integration von IKT in ihren Fachunterricht an berufsbildenden Schulen zu erwerben. Seit 2007 wurden für die Primar- und Orientierungsstufe sowie die Sekundarstufe I im Rahmen des Landesprogramms „Medienkompetenz macht Schule“ Beratungs- und Unterstützungsmaßnahmen in Form von Fort- und Weiterbildungsangeboten und Handreichungen entwickelt, z.B.

- Rahmenkonzept zum MedienkomP@ss, aktualisiert 2017 aufgrund der KMK-Strategie: [https://medienkompass.bildung-rp.de/fileadmin/user\\_upload/medienkompass.bildung-rp.de/Datien-Grundlagen/Dokumente/Rahmenkonzept\\_2017\\_-\\_Version\\_Homepage\\_2019.pdf](https://medienkompass.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/medienkompass.bildung-rp.de/Datien-Grundlagen/Dokumente/Rahmenkonzept_2017_-_Version_Homepage_2019.pdf)

- Medienkomp@ss für die Primar- und Orientierungsstufe mit Unterrichtsideen: <https://medienkompass.bildung-rp.de/medienkompss-gs-os.html> und [https://medienkompass.bildung-rp.de/fileadmin/user\\_upload/medienkompass.bildung-rp.de/Da-teien/Lehrerkompass/Wege\\_zum\\_Medienkompass-Neuaufgabe.pdf](https://medienkompass.bildung-rp.de/fileadmin/user_upload/medienkompass.bildung-rp.de/Da-teien/Lehrerkompass/Wege_zum_Medienkompass-Neuaufgabe.pdf)
- Praxisbausteine zum Medienkomp@ss Sekundarstufe I: [https://lmk-online.de/fileadmin/user\\_upload/Bilder/06\\_Medienkompetenz/06\\_Medienkompass\\_RLP/Medienkompass\\_interakt.pdf](https://lmk-online.de/fileadmin/user_upload/Bilder/06_Medienkompetenz/06_Medienkompass_RLP/Medienkompass_interakt.pdf)
- Moodle Market: <https://lernenonline.bildung-rp.de/moodle-market.html>

Die **Fort- und Weiterbildungsangebote für die Lehrkräfte** umfassen u.a.:

- Qualifizierung zu regionalen und schulinternen Multiplikatoren für die Themen des Jugendmedienschutzes
- Dreistufiges Schulungskonzept für die Arbeit mit interaktiven Whiteboards in regionalen Schulungszentren
- Arbeitstagungen für MmS-Projektschulen (MmS = Medienkompetenz macht Schule) mit inhaltlichem Schwerpunkt auf der praktischen Arbeit mit Medien im Unterricht
- Aufbereitung und Bereitstellung von Medienkonzepten, Unterrichtsbeispielen und weiteren Materialien
- speziell für Schulleitungen, Datenschutzbeauftragte und Jugendmedienschutzberater: Handbuch „Schule.Medien.Recht“ und Fortbildungen zur Orientierung in Rechtsfragen zum Einsatz digitaler Medien an Schulen (siehe <http://medienkompetenz.rlp.de/materialien>)
- speziell für Schüler\*innen: Ausbildung von Schüler\*innen weiterführender Schulen zu Themen des Jugendmedienschutzes (siehe <http://medienscouts.rlp.de>)

Eine Auflistung aktueller Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte findet sich unter <https://medienkompetenz.bildung-rp.de/partner/lehrerfort-und-weiterbildung-staerken.html>

Neue Ansätze in der **ersten Phase der Lehrer\*innenbildung** werden entwickelt im Rahmen der bundesweiten „**Qualitätsoffensive Lehrerbildung**“. In die neue Förderrunde, von der bundesweit 64 Hochschulen profitieren, wurden sämtliche rheinland-pfälzischen Universitäten mit ihren Projekten „Digitalisierung in der Lehrerbildung“ und „Lehrerbildung für berufliche Schulen“ aufgenommen:

- Technische Universität Kaiserslautern: Verknüpfung von Digitales und Lehrerbildung im Projekt E.EDU,
- Koblenz-Landau: Erarbeitung webbasierter Lern-Tools für die Lehrerbildung im Projekt WeLT,
- Mainz im Netzwerk mit der TU Darmstadt, der PH Schwäbisch Gmünd und der Universität Kassel: Konzepte zur integrierten Didaktik im Projekt TWIND/Technik und Wirtschaft
- Trier: Digitalisierungsbezogene Professionalisierung in der Lehrerbildung im Projekt TRIGITAL-pro).

Nähere Informationen/Projektbeschreibungen siehe:

- <https://www.gwk-bonn.de/themen/foerderung-von-hochschulen/qualitaetsoffensive-lehrerbildung>
- <https://bm.rlp.de/de/service/pressemitteilungen/detail/news/detail/News/rheinland-pfalz-startet-bundesweit-wegweisendes-projekt-zur-digitalen-lehrkraefteausbildung-koopera/>
- <https://www.uni-kl.de/uedu/home/>

Das **Projekt der Technischen Universität Kaiserslautern „Unified Education: Medienbildung entlang der Lehrerbildungskette“** (U.EDU) forscht zur Weiterentwicklung der Lehrerbildung durch ein auf alle Phasen zielendes Professionalisierungskonzept zum Lehren und Lernen mit digitalen Medien. Das Projekt U.EDU erarbeitet fachbereichsübergreifend verschiedene Themen.

U.EDU umfasst die Bereiche „Unterrichtskonzepte“, universitäre „Ausbildungskonzepte“ sowie „Fort- und Weiterbildungskonzepte“ für Lehrkräfte. Dafür stehen der TUK fast drei Millionen Euro bis Ende 2023 zur Verfügung. Inklusive der ersten Förderung hat U.EDU damit ein Gesamtvolumen von rund 5,7 Millionen Euro.

U.EDU deckt alle Phasen der Lehrkräftebildung ab (vertikale Vernetzung). Insbesondere steht die interdisziplinäre Kooperation zwischen Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften im Vordergrund (horizontale Vernetzung). Bezüglich der Digitalisierung nimmt die TUK in Rheinland-Pfalz eine Schlüsselposition ein. Mit dem Projekt U.EDU sieht die TUK in der Digitalisierung eine Möglichkeit, den Herausforderungen der Digitalisierung in der Lehre, insbesondere in der Lehramtsausbildung, nachzukommen.

Ein im **März 2019** von Rheinland-Pfalz gestartetes „**Leuchtturmprojekt**“ der digitalen Lehrkräfteausbildung, an dem die Technische Universität Kaiserslautern (Zentrum für Lehren und Lernen mit digitalen Medien) und die Studienseminare aller Lehrämter und Schulen vor Ort beteiligt sind, hat u.a. folgende Schwerpunkte:

- Digitale Instrumente zur Selbst- und Fremdeinschätzung digitaler Kompetenzen sowie digitale Lernangebote, z.B. im Rahmen von Blended Learning, zur individuellen Förderung der Studierenden
- Nutzung digitaler Medien und Werkzeuge, Beurteilung und Entwicklung bildungsrelevanter Medien und deren Einsatz in der Ausbildung und im Unterricht
- Entwicklung von Best-Practice-Ansätzen und digitalen Werkzeugen durch die Studienseminare, um die Ausbildung und Selbstorganisation der Anwärterinnen und Anwärter zu verbessern sowie Verwaltung und Schule zu unterstützen.

In dem alle Schularten umfassenden Projekt geht es nicht nur um Inhalte in den klassischen Unterrichtsfächern, sondern auch um Aspekte der Demokratieerziehung, Möglichkeiten der individuellen Förderung, Inklusion, Medienrecht und kritischen Umgang mit Medien und Informationen.

Zentrales Anliegen ist die Arbeit an den Schnittstellen zwischen der Technischen Universität Kaiserslautern, den Studienseminaren aller Schularten und den Schulen, um so eine digitale Lehrerbildung aus einem Guss zu ermöglichen. Nach einer Anlaufphase sollen ab Herbst 2020 die erprobten Konzepte landesweit verfügbar gemacht werden.

### **3. Welche Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sind im Rahmen des Prozesses vorgesehen? Wie bewertet ihr diese?**

Die GEW sieht kritisch, dass für die Koordination von Aufgaben im Kontext der digitalen Bildung an jeder Schule eine Lehrkraft durch die Schulleitung benannt werden soll, die für ihre Tätigkeit – gestuft nach Schüler\*innenzahl – Anrechnungsstunden (mindestens 0,5, höchstens 4 Std./Woche) erhält. Diese Lehrkraft soll im Handlungsfeld „Bildung in der digitalen Welt“ Prozesse steuern sowie pädagogische und konzeptionelle Aufgaben übernehmen. Die Aufgabenbeschreibung lässt befürchten, dass damit die Rechte der Konferenzen und der Personalvertretungen geschwächt werden. Die Aufgaben der Koordination werden wie folgt beschrieben:

„Die Koordinatorin oder der Koordinator „Bildung in der digitalen Welt“ sorgt gemeinsam mit der Schulleitung und dem Kollegium dafür, dass das Lehren und Lernen mit und über digitale Medien sukzessive kompetenzorientiert in alle Fächer einbezogen wird. Sie oder er wirkt daran mit, dass daneben die weiteren Anforderungen der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ in den Handlungsfeldern Fortbildung, Bildungsmedien sowie Infrastruktur und Ausstattung in der Schule umgesetzt werden. Die Koordinatorin bzw. der Koordinator nimmt ihre bzw. seine Aufgaben in enger Abstimmung und in Kooperation mit der Schulleitung wahr und unterstützt diese damit bei der medienbezogenen Schulentwicklung und bei der Umsetzung der an der Schule beschlossenen Maßnahmen. Die Anrechnungsstunden sollen daher grundsätzlich nicht aufgeteilt oder an Mitglieder der Schulleitung verteilt werden. Es handelt sich vorrangig um pädagogische Aufgaben, die keinen direkten Bezug zu Unterrichtsfächern aus dem Bereich der Informatik aufweisen.“

Konkret werden folgende Aufgaben aufgelistet:

- **Koordination und fortlaufende Aktualisierung sowie Umsetzung eines Medienkonzepts** (bestehend aus einem kompetenzorientierten Medienbildungskonzept, einem schulinternen Fortbildungskonzept und einem Ausstattungs- und Wartungskonzept) auf Grundlage der Handreichung „Medien.Konzept.Kompetenz“
- **Beteiligung an der Antragstellung der Schulträger im Rahmen des Digitalpakts Schule 2019 – 2024** (Vorlage des Medienkonzepts und Mitwirkung bei Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung)
- **Koordination bei größeren technischen Problemen** gegenüber dem Schulträger oder beauftragten Firmen
- **Schnittstellenfunktion zum Pädagogischen Landesinstitut sowie den Medienzentren** im Zusammenhang mit deren Beratungs- und Fortbildungsangeboten und der Umsetzung von Unterstützungsinstrumenten
- **Koordination der Elternarbeit und Prävention im Kontext digitaler Bildung** in Abstimmung mit der Jugendmedienschutzberaterin bzw. dem Jugendmedienschutzberater

**4. Wie sieht die Zeitplanung für die Umsetzung des Digitalpakts Schule in eurem Bundesland aus? [u.a.: Wann ist mit der Veröffentlichung der Förderrichtlinie zu rechnen? Ab wann können die Gelder beantragt werden?]**

Die Zuteilung des Antragsvolumens an die Schulträger sowie das Antragsverfahren wird in der Förderrichtlinie bekanntgegeben, die eigentlich im Mai/Juni vorliegen sollte. Am 21.05.19 wurde den Schulträgern mitgeteilt, dass der genaue Zeitpunkt des Erlasses der Förderrichtlinie und damit der Antragstellung noch nicht feststeht, aber noch in 2019 liegen wird. Die Förderrichtlinie wird im Benehmen mit dem Bund erlassen und darin eine Stelle benannt, die in Rheinland-Pfalz mit der Umsetzung beauftragt wird.

**5. Wie sieht konkret die Ko-Finanzierung von Land und Kommunen aus?**

Auf Rheinland-Pfalz mit seinen 1600 Schulen entfallen 241 Millionen Euro der DigitalPakt-Mittel über die vorgesehene Gesamtlaufzeit von 5 Jahren. 90% dieser Bundesmittel können von den kommunalen und freien Schulträgern für ihre Schulen beantragt werden. Die Schulen selbst sind nicht antragsberechtigt.

Jedem Schulträger soll ein Antragsvolumen für den gesamten Förderzeitraum von 5 Jahren zugeteilt werden, in dessen Rahmen er Anträge für seine Schulen stellen kann. Der Eigenanteil der Schulträger beträgt 10% der förderfähigen Kosten.

Darüber hinaus sind 5% der Mittel für landesweite und regionale Projekte und weitere 5% für länderübergreifende Projekte vorgesehen, etwa die gemeinsame Entwicklung von digitalen Lehr-Lern-Umgebungen.

Zusätzlich zu den DigitalPakt-Mitteln wurden im Doppelhaushalt 2019/2020 für den Schwerpunkt „Digitale Bildung“ die Landesmittel auf fast 35 Millionen Euro nahezu verdreifacht. Diese Mittel stehen für Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrenden, Unterrichts- und Schulentwicklung, Weiterentwicklung der Rahmen- und Lehrpläne, Lehren und Lernen mit und über digitale Medien, digitale Lernumgebung zur Verfügung.

Die Kosten für die Neukonzeption der System- und Anwendungsbetreuung, an deren konkreter Ausgestaltung die Schulen gemeinsam mit den Schulträgern Support-Lösungen „aus einer Hand“ durch Personal des Schulträgers oder eines externen Dienstleisters finden sollen, werden vom Land und von

den Schulträgern anteilig getragen. Anwendungsbetreuung (z.B. Installation von Software und Behebung von Störungen) soll in Zukunft nicht mehr zu Lasten der Unterrichtsversorgung insb. im Bereich des Informatikunterrichts gehen, sondern i.d.R. von technischem Fachpersonal durchgeführt werden. Lehrkräfte können solche Aufgaben nur noch im Rahmen bezahlter Mehrarbeit übernehmen. Zur Kompensation gesteigener Aufwände wird der Zuschuss, mit dem das Bildungsministerium die Schulen unterstützt, von 3 auf rd. 6 Millionen Euro in etwa verdoppelt.

Für die unterrichtsbezogene Anwendungsbetreuung erhalten die Schulen einen Förderbetrag in Höhe von 10 Euro pro Schüler\*in, je nach Schulstufe gibt es einen Mindestförderbetrag für die allgemeinbildenden Schulen (Primarstufe = 1.000 Euro, Sek I = 1.500 Euro, Sek II = 2.000 Euro). Aufgaben der unterrichtsbezogenen Anwendungsbetreuung sind:

- First-Level-Support (Begutachtung von Störungen, Meldung an den Sachkostenträger oder Behebung von Störungen, soweit mit Hilfe von Fehlerbehandlungsroutinen möglich),
- Verwaltung und Pflege von Benutzerkonten,
- Festlegen der Benutzerrechte,
- Beheben geringfügiger technischer Probleme (Erste Hilfe),
- Drucker betriebsbereit halten.

Ihren Förderbetrag können die Schulen wie folgt verwenden:

- Abschluss eines Werkvertrags mit Schulträger, Dritten (z.B. Computerfirma, Elternteil, volljährige Studierende) oder
- Mehrarbeitsvergütung, falls die Anwendungsbetreuung von einer Lehrkraft geleistet wird.

## **6. Welche Kriterien sind für die Vergabe der Mittel vorgesehen?**

Voraussetzung für den Mittelabruf durch den antragsberechtigten Schulträger ist die Vorlage eines Medienkonzepts (pädagogisch-technisches Konzept) jeder einzelnen Schule und eines Medienentwicklungsplans des Schulträgers.

Die Schulträger können entsprechend der Bund-Länder-Vereinbarung zur Verbesserung der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur Anträge für folgende Investitionen stellen:

- Verkabelung auf dem Schulgelände,
- Server,
- WLAN-Ausleuchtung,
- Präsentationsgeräte (z.B. interaktive Tafeln und Bildschirme, Beamer)
- und digitale Arbeitsgeräte (insbes. für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung).

Mobile Endgeräte für den Einsatz in der Schule (Klassensätze von Tablets und Notebooks) sind nur unter bestimmten Bedingungen förderfähig. Das Land und die Schulträger verlassen sich darauf, dass die Schüler\*innen ihre eigenen Geräte einsetzen (BYOD – Bring Your Own Device) oder – bei Vorliegen entsprechender sozioökonomischer Kriterien – sich Geräte von der Schule ausleihen (GYOD – Get Your Own Device).

Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden werden in einer Arbeitsgruppe allgemeine Ausstattungsempfehlungen erarbeitet. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen soll geprüft werden, welche landesweiten Rahmenverträge für die Beschaffungen sinnvoll sein könnten.

Um die Möglichkeiten, die sich durch den DigitalPakt Schule eröffnen, optimal nutzen zu können, fördert das Land Rheinland-Pfalz die Bereitstellung hoher Bandbreiten an den Schulstandorten (Sonderauftrag Schulen im Rahmen der Breitbandförderung, für die das Land zusätzlich zu den erheblichen Investitionen der Telekommunikationsunternehmen bis zum Jahr 2025 einen Verfügungsrahmen in

Höhe von insgesamt rd. 700 Millionen Euro für die Unterstützung des Ausbaus der Infrastrukturen für die Gigabit-Gesellschaft zur Verfügung stellt.

### **7. Sonstige Bemerkungen**

Die Bundesländer haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass es nicht bei der Anschaffung von Hardware bleibt, sondern dass die Lehrer\*innen aller Schularten durch vielfältige Angebote dafür qualifiziert werden, ihre Schüler\*innen mit den Kompetenzen auszustatten, die sie für das Leben in der digitalen Welt und ein gestaltendes Eingreifen in technologische Entwicklungen benötigen.

Für Digitale Bildung ist Medienkompetenz zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Es fehlt an Impulsen, algorithmische Abläufe zu verstehen und von den Schüler\*innen selbst untersuchen zu lassen. Da Lehrer\*innen darin nicht ausgebildet wurden, besteht die Gefahr, dass die höheren Kompetenzstufen (Kompetenzbereiche 5 und 6 in der Strategie der Kultusministerkonferenz) - wie z.B. 5.5 Algorithmen erkennen und formulieren oder 6.2 Medien in der digitalen Welt verstehen und reflektieren - nicht erreicht werden. Letztere Kompetenzen zeigen auch, dass dazu eine fachübergreifende Zusammenarbeit im Kollegium notwendig ist und dass es nicht genügt, wenn sich nur die Kolleg\*innen der MINT-Fächer für Bildung in der digitalen Welt einsetzen.

Bisher kaum reflektiert werden in den Konzepten die disruptiven gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Umbrüche, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Es fehlen Überlegungen zu den gewerkschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Strategien, die dafür sorgen müssen, dass die digitale Transformation nicht zu technologischer Massenarbeitslosigkeit, stärkerer sozialer Spaltung, Überwachung und Verhaltenssteuerung von Bürger\*innen und Konsument\*innen und zur Destabilisierung demokratischer Systeme führt.

Es fehlt ein qualifizierter Diskurs darüber, welche grundlegenden informatischen und allgemeinen kognitiven und nicht-kognitiven Kompetenzen (= jeweils spezifisches Wissen, Fähigkeiten und Haltungen/Einstellungen) gefördert werden müssen, damit Menschen eine umfassende Handlungs- und Gestaltungskompetenz erwerben können, die sie in die Lage versetzt, die gravierenden Veränderungen in ihren positiven Potenzialen zu nutzen und die damit verbundenen Gefahren abzuwenden.

### **Anlage**

**Richtlinie zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur an Schulen in Rheinland-Pfalz (Umsetzung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024)**

**Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung vom 5. Juli 2019 (B3/9323), (GAmtsbl. 07/19 S. 159)**



**Richtlinie**  
**zur Förderung von Investitionen in die digitale Infrastruktur**  
**an Schulen in Rheinland-Pfalz**  
**(Umsetzung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024)**

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Bildung  
vom 5. Juli 2019 (B3/9323), (GAmtsbl. 07/19 S. 159)

Im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen und dem Ministerium des Innern und für Sport wird Folgendes bestimmt:

**1 Rechtsgrundlage, Zwecksetzung**

- 1.1 Das Land Rheinland-Pfalz gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom 20. Dezember 1971 (GVBl. 1972 S. 2, BS 63-1) und der Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Landeshaushaltsordnung (VV-LHO) vom 20. Dezember 2002 (MinBl. 2003 S. 22, 324; 2017, S. 340) sowie nach der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 vom 16. Mai 2019 (BAnz AT 14.06.2019 B2) in ihrer jeweils geltenden Fassung finanzielle Hilfen nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift.
- 1.2 Zwecksetzung ist die Errichtung und Verbesserung digitaler technischer Infrastrukturen sowie Lehr-Lern-Infrastrukturen an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.
- 1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht. Die benannte Stelle entscheidet bei der Bewilligung nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

**2 Gegenstand der Förderung**

- 2.1 Gefördert werden Maßnahmen in Schulgebäuden und auf Schulgeländen in den Bereichen
  - a) Aufbau, Erweiterung oder Verbesserung der digitalen Vernetzung, einschließlich Schulserver,
  - b) Herstellung eines drahtlosen Netzzugangs,
  - c) Anzeige- und Interaktionsgeräte, insbesondere Beamer, Displays und deren interaktive Varianten, einschließlich entsprechender Steuerungsgeräte,
  - d) digitale Arbeitsgeräte, insbesondere für die technisch-naturwissenschaftliche Bildung oder die berufsbezogene Ausbildung,
  - e) schulgebundene Laptops, Notebooks und Tablets,jeweils einschließlich Planung, Aufbau und Inbetriebnahme, bestehend aus Integration, Umsetzung und Installation.
- 2.2 Investive Begleitmaßnahmen werden dann gefördert, wenn ein unmittelbarer und notwendiger Zusammenhang mit einer Maßnahme nach Nummer 2.1 besteht. Dazu zählen insbesondere auch der Erwerb von Lizenzen für zum Betrieb, zur Nutzung und zur Wartung der Geräte und Netze erforderliche Software; projektvorbereitende und -begleitende Beratungsleistungen externer Dienstleister sind ebenfalls förderfähig, wenn sie einer möglichst wirtschaftlichen Projektumsetzung dienen.
- 2.3 Nicht gefördert werden insbesondere
  - a) Smartphones,
  - b) überwiegend für Verwaltungsaufgaben genutzte Geräte und Netze,
  - c) Personal- und Sachkosten des Zuwendungsempfängers,
  - d) Betrieb, Wartung und IT-Support.

### **3 Zuwendungsempfänger**

Zuwendungen können gewährt werden an

- a) das Land und kommunale Gebietskörperschaften als Träger von Schulen gemäß § 22 des Schulgesetzes (SchulG),
- b) Träger von Ersatzschulen gemäß § 5 des Privatschulgesetzes (PrivSchG),
- c) Träger von Schulen gemäß § 9 des Pflegeberufgesetzes (PflBG).

### **4 Zuwendungsvoraussetzungen**

- 4.1 Es werden nur Maßnahmen gefördert, mit denen nicht vor dem 17. Mai 2019 begonnen worden ist und bei denen eine vollständige Abnahme bis zum 31. Dezember 2024 gesichert erscheint. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmebeginn wird ab dem 17. Mai 2019 zugelassen. Der Maßnahmebeginn erfolgt auf eigenes Risiko, aus der Zulassung des vorzeitigen Maßnahmebeginns ergibt sich kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen.
- 4.2 Eine Zuwendung wird nur gewährt, wenn der Antragsteller Eigentümer oder Erbbauberechtigter des betroffenen Grundstücks oder vertraglich zur Vornahme der Investitionen berechtigt ist.

### **5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung**

- 5.1 Die Zuwendungen werden als Projektförderung im Wege einer Anteilsfinanzierung gewährt und erfolgen als nicht rückzahlbare Zuschüsse zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.
- 5.2 Die für Schulträger zur Verfügung stehenden Mittel errechnen sich aus einem einmaligen Sockelbetrag von 15.000 Euro pro Schule sowie aus einem Betrag, der anhand der Schülerzahl der amtlichen Statistik des Schuljahres 2018/2019 ermittelt wird. Über den Sockelbetrag hinaus stehen pro Schüler 408,93 Euro zur Verfügung. Schulträger können die Mittel bedarfsgerecht für ihre Schulen einsetzen.
- 5.3 Der zulässige Förderhöchstsatz beträgt regelmäßig 90 v.H. der förderfähigen Kosten.

### **6 Budgetverfahren**

- 6.1 Die zur Verfügung stehenden Programmmittel werden auf die Zuwendungsempfänger gemäß der Übersicht in der Anlage aufgeteilt (Schulträgerbudget).
- 6.2 Für Bewilligungen aus dem Schulträgerbudget bis zur Höhe des jeweiligen Budgetbetrages sollen Anträge bis zum 16. Mai 2022 vollständig bei der benannten Stelle eingereicht werden. Nach der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 soll bis zum 16. November 2021 mindestens die Hälfte des Volumens der Finanzhilfen durch Bewilligungen gebunden sein.
- 6.3 Ab dem 17. Mai 2022 entfällt die Bindung an die Budgets nach Nummer 6.1. Über die Verteilung von dann noch verfügbaren Programmmitteln wird im Benehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden entschieden.

### **7 Verfahren**

- 7.1 Zur Abwicklung der Fördermaßnahme, einschließlich der Beratung, hat das Ministerium für Bildung folgende Stelle benannt:

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Holzhofstraße 4  
55116 Mainz

Alle Fragen im Zusammenhang mit dieser Verwaltungsvorschrift, der Konkretisierung ihrer Bestimmungen und der Abwicklung der Förderung sind ausschließlich an die vorgenannte Stelle zu richten. Soweit sich hierzu Änderungen ergeben, wird dies in geeigneter Weise bekannt gegeben.

- 7.2 Die Beantragung wird (teil-)elektronisch durchgeführt. Zur Erstellung von förmlichen Förderanträgen ist das dafür vorgesehene elektronische Antragssystem zu nutzen.

Der Antrag enthält insbesondere

- a) eine Bestandsaufnahme der bestehenden Ausstattungsniveaus im Hinblick auf die in Nummer 2.1 genannten Fördergegenstände sowie Angaben zur aktuell am Schulstandort bestehenden und maximal verfügbaren Bandbreite des Internetanschlusses für jede in den Antrag einbezogene Schule,
- b) Angaben zu Beginn und Ende der Maßnahme,
- c) Angaben zu den geschätzten Gesamtausgaben der Maßnahme,
- d) den Kosten- und Finanzierungsplan (aufgegliederte Berechnung der mit dem Zweck zusammenhängenden Ausgaben mit einer Übersicht über die beabsichtigte Finanzierung) für jede in den Antrag einbezogene Schule auf der Grundlage eines Medienentwicklungsplans,
- e) die Bestätigung über ein auf die Ziele der Investitionsmaßnahme abgestimmtes Konzept des Antragstellers über die Sicherstellung von Betrieb, Wartung und IT-Support,
- f) für jede in den Antrag einbezogene Schule ein Medienkonzept, bestehend aus einem Medienbildungskonzept, einem Ausstattungs- und Nutzungskonzept sowie einer bedarfsgerechten Fortbildungsplanung,
- g) eine Erklärung des Antragstellers, dass die zu erstellenden digitalen Netze und die zu beschaffenden digitalen Geräte technologieoffen, erweiterungs- und anschlussfähig an regionale, landesweite und länderübergreifende Systeme sind.

- 7.3 Den Anträgen von Schulträgern aus kommunalen Gebietskörperschaften gemäß Nummer 3 Buchst. a ist eine Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage nach Teil II Anlage 1 zu §§ 44 VV-LHO sowie eine Berechnung der Folgekosten oder gegebenenfalls eine Wirtschaftlichkeitsberechnung beizufügen. Die benannte Stelle nach Nummer 7.1 leitet diese Unterlagen an die Kommunalaufsichtsbehörde zur Kenntnis weiter.

- 7.4 Zuweisungen für Investitionen dürfen nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 Halbsatz 1 des Landesfinanzausgleichsgesetzes in Verbindung mit Teil II Nr. 3.5.1 zu § 44 VV-LHO grundsätzlich nur gewährt werden, sofern die kommunale Gebietskörperschaft in der Lage ist, den Eigenanteil an den Investitionskosten sowie die Folgekosten der Investition ohne Gefahr für ihre dauernde Leistungsfähigkeit aufzubringen. Von diesen Voraussetzungen kann bei Fördermaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019 bis 2024 ausnahmsweise abgesehen werden, weil es sich um eine Investition handelt, deren zeitlich befristete Förderung auf einem Bundesgesetz im Sinne des Artikels 104c Satz 2 in Verbindung mit Artikel 104b Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes beruht. Eine Prüfung der Aufsichtsbehörde nach Teil II Nr. 3.5.1 zu § 44 VV-LHO, ob der Antragsteller den im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenanteil sowie die Folgekosten des Vorhabens ohne Gefahr für seine dauernde Leistungsfähigkeit tragen kann (kommunalaufsichtliche Stellungnahme), ist deshalb entbehrlich.

- 7.5 Die Weiterleitung der gewährten Zuwendungen an Dritte ist ausgeschlossen.

- 7.6 Eine Kumulierung der Förderung nach dieser Verwaltungsvorschrift mit anderen landes-, bundes- oder unionsfinanzierten Zuwendungen ist ausgeschlossen. Unbenommen hiervon ist die Bildung von selbstständigen Projektabschnitten (Bauabschnitte).

- 7.7 Der Mittelabruf erfolgt grundsätzlich mit Vorlage des Verwendungsnachweises oder eines Zwischennachweises (Erstattungsprinzip). Auszahlungen für Teilmaßnahmen nach Nummer 2.1 Buchst. e erfolgen dann, wenn die hierfür jeweils erforderliche Netzinfrastruktur im Sinne der Nummer 2.1 Buchst. a und b vorhanden beziehungsweise erstellt worden ist. Die Gesamtkosten für mobile Endgeräte nach Maßgabe der Nummer 2.1 Buchst. e dürfen am Ende der Laufzeit des DigitalPakts Schule bei allgemeinbildenden Schulen entweder 20 v.H. des Gesamtinvestitionsvolumens pro Schulträger oder 25.000 Euro je einzelner Schule oder beides nicht überschreiten.
- 7.8 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis ohne Vorlage von Belegen, in dem Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch zusammenzustellen sind. Mit dem Verwendungsnachweis ist die Einhaltung aller für das Vorhaben einschlägigen Vergabebestimmungen durch den Zuwendungsempfänger zu erklären.
- 7.9 Die Zuwendungsempfänger haben auf die Förderung aus dem DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 in geeigneter Form hinzuweisen.
- 7.10 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten § 44 LHO und die hierzu erlassenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift Abweichungen von den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zugelassen worden sind. Der Landesrechnungshof ist gemäß § 90, § 91 und § 100 LHO zur Prüfung berechtigt. Auch die benannte Stelle ist zur Überprüfung des programmgemäßen Einsatzes der Mittel berechtigt; dies schließt neben der Überprüfung der Berechnungsunterlagen auch eine Vor-Ort-Prüfung der geförderten Maßnahmen ein.
- 8 Unwirksamkeit, Rücknahme oder Widerruf des Zuwendungsbescheides, Erstattung der Zuwendung und Verzinsung**
- Teil II Nr. 8 zu § 44 VV-LHO findet Anwendung. Die Bindungsfrist beträgt fünf Jahre.
- 9 Inkrafttreten**
- Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

## Anlage (zu Nummer 6.1)

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
öffentliche Schulträger				
1	Bezirksverband Pfalz	483.988,66 €	53.776,52 €	537.765,18 €
2	Gemeindeverwaltung Altrip	94.836,92 €	10.537,44 €	105.374,36 €
3	Gemeindeverwaltung Bassenheim	43.679,31 €	4.853,26 €	48.532,57 €
4	Gemeindeverwaltung Bellheim	111.766,78 €	12.418,53 €	124.185,31 €
5	Gemeindeverwaltung Berg	22.701,01 €	2.522,33 €	25.223,34 €
6	Gemeindeverwaltung Birkenheide	59.505,05 €	6.611,67 €	66.116,72 €
7	Gemeindeverwaltung Birken-Honigsessen	49.567,96 €	5.507,55 €	55.075,51 €
8	Gemeindeverwaltung Bobenheim-Roxheim	150.661,57 €	16.740,17 €	167.401,74 €
9	Gemeindeverwaltung Böhl-Iggelheim	146.613,12 €	16.290,35 €	162.903,47 €
10	Gemeindeverwaltung Breitscheid	32.638,10 €	3.626,46 €	36.264,56 €
11	Gemeindeverwaltung Brey	26.013,37 €	2.890,37 €	28.903,75 €
12	Gemeindeverwaltung Büchel	32.270,06 €	3.585,56 €	35.855,62 €
13	Gemeindeverwaltung Budenheim	234.324,23 €	26.036,03 €	260.360,25 €
14	Gemeindeverwaltung Erpel	44.415,39 €	4.935,04 €	49.350,44 €
15	Gemeindeverwaltung Ettringen	41.839,11 €	4.648,79 €	46.487,90 €
16	Gemeindeverwaltung Friesenhagen	29.325,74 €	3.258,42 €	32.584,15 €
17	Gemeindeverwaltung Fürfeld	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
18	Gemeindeverwaltung Fussgönheim	42.575,19 €	4.730,58 €	47.305,77 €
19	Gemeindeverwaltung Gimbsheim	49.936,00 €	5.548,44 €	55.484,44 €
20	Gemeindeverwaltung Grafchaft	171.890,42 €	19.098,94 €	190.989,35 €
21	Gemeindeverwaltung Greimerath	22.701,01 €	2.522,33 €	25.223,34 €
22	Gemeindeverwaltung Hackenheim	38.894,79 €	4.321,64 €	43.216,43 €
23	Gemeindeverwaltung Hanhofen	49.199,92 €	5.466,66 €	54.666,57 €
24	Gemeindeverwaltung Hargesheim	58.032,89 €	6.448,10 €	64.480,98 €
25	Gemeindeverwaltung Harthausen	55.456,60 €	6.161,84 €	61.618,45 €
26	Gemeindeverwaltung Hassloch	268.066,45 €	29.785,16 €	297.851,61 €
27	Gemeindeverwaltung Hillscheid	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
28	Gemeindeverwaltung Hinterweidenthal	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
29	Gemeindeverwaltung Insheim	38.526,75 €	4.280,75 €	42.807,50 €
30	Gemeindeverwaltung Irsch	33.374,18 €	3.708,24 €	37.082,42 €
31	Gemeindeverwaltung Kaltenengers	38.526,75 €	4.280,75 €	42.807,50 €
32	Gemeindeverwaltung Katzwinkel	39.630,87 €	4.403,43 €	44.034,30 €
33	Gemeindeverwaltung Kehrig	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
34	Gemeindeverwaltung Kenn	39.998,91 €	4.444,32 €	44.443,23 €
35	Gemeindeverwaltung Kettig	46.255,59 €	5.139,51 €	51.395,10 €
36	Gemeindeverwaltung Kirchwald	24.541,21 €	2.726,80 €	27.268,01 €
37	Gemeindeverwaltung Klängenmünster	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
38	Gemeindeverwaltung Kottenheim	42.943,23 €	4.771,47 €	47.714,70 €
39	Gemeindeverwaltung Leubsdorf	34.478,30 €	3.830,92 €	38.309,22 €
40	Gemeindeverwaltung Limburgerhof	171.639,87 €	19.071,10 €	190.710,97 €
41	Gemeindeverwaltung Malborn	26.013,37 €	2.890,37 €	28.903,75 €
42	Gemeindeverwaltung Maxdorf	115.079,15 €	12.786,57 €	127.865,72 €
43	Gemeindeverwaltung Melsbach	35.950,46 €	3.994,50 €	39.944,96 €
44	Gemeindeverwaltung Morbach	177.042,98 €	19.671,44 €	196.714,42 €
45	Gemeindeverwaltung Mörsdorf	18.652,57 €	2.072,51 €	20.725,07 €
46	Gemeindeverwaltung Mutterstadt	180.472,84 €	20.052,54 €	200.525,38 €
47	Gemeindeverwaltung Neuhofen	95.941,05 €	10.660,12 €	106.601,16 €
48	Gemeindeverwaltung Niederfell	22.332,97 €	2.481,44 €	24.814,41 €
49	Gemeindeverwaltung Niederwerth	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
50	Gemeindeverwaltung Norken	24.909,25 €	2.767,69 €	27.676,95 €
51	Gemeindeverwaltung Obrigheim (Pfalz)	43.311,27 €	4.812,36 €	48.123,63 €
52	Gemeindeverwaltung Orenhofen	30.797,90 €	3.421,99 €	34.219,89 €
53	Gemeindeverwaltung Otterstadt	67.601,94 €	7.511,33 €	75.113,26 €
54	Gemeindeverwaltung Rheinbreitbach	79.747,27 €	8.860,81 €	88.608,08 €
55	Gemeindeverwaltung Rödersheim-Gronau	55.456,60 €	6.161,84 €	61.618,45 €
56	Gemeindeverwaltung Römerberg	168.578,05 €	18.730,89 €	187.308,95 €
57	Gemeindeverwaltung Roxheim	51.408,16 €	5.712,02 €	57.120,18 €
58	Gemeindeverwaltung Sankt Johann	30.429,86 €	3.381,10 €	33.810,95 €
59	Gemeindeverwaltung Sankt Katharinen	50.672,08 €	5.630,23 €	56.302,31 €
60	Gemeindeverwaltung Sankt Sebastian	48.831,88 €	5.425,76 €	54.257,64 €
61	Gemeindeverwaltung Scheuerfeld	42.575,19 €	4.730,58 €	47.305,77 €
62	Gemeindeverwaltung Serrig	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
63	Gemeindeverwaltung Spay	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
64	Gemeindeverwaltung Steinweiler	43.679,31 €	4.853,26 €	48.532,57 €
65	Gemeindeverwaltung Urbar	57.296,81 €	6.366,31 €	63.663,12 €
66	Gemeindeverwaltung Urmitz	50.672,08 €	5.630,23 €	56.302,31 €
67	Gemeindeverwaltung Vettelschoss	59.873,09 €	6.652,57 €	66.525,65 €
68	Gemeindeverwaltung Waldesch	42.943,23 €	4.771,47 €	47.714,70 €
69	Gemeindeverwaltung Waldsee	94.468,88 €	10.496,54 €	104.965,43 €
70	Gemeindeverwaltung Wassenach	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
71	Gemeindeverwaltung Weinsheim	32.638,10 €	3.626,46 €	36.264,56 €
72	Gemeindeverwaltung Weisenheim am Sand	65.761,73 €	7.306,86 €	73.068,59 €
73	Gemeindeverwaltung Weitfeld	37.422,62 €	4.158,07 €	41.580,69 €
74	Gemeindeverwaltung Weitersburg	52.144,24 €	5.793,80 €	57.938,04 €

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
75	Gemeindeverwaltung Zeiskam	46.623,63 €	5.180,40 €	51.804,04 €
76	Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH	130.920,44 €	14.546,72 €	145.467,16 €
77	Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH	66.865,86 €	7.429,54 €	74.295,39 €
78	Klinikum Worms gGmbH	103.552,40 €	11.505,82 €	115.058,22 €
79	Kreis Krankenhaus St. Franziskus Saarburg GmbH	34.846,34 €	3.871,82 €	38.718,16 €
80	Kreisverwaltung Ahrweiler	3.092.705,56 €	343.633,95 €	3.436.339,51 €
81	Kreisverwaltung Altenkirchen (Ww.)	4.485.518,98 €	498.391,00 €	4.983.909,98 €
82	Kreisverwaltung Alzey-Worms	2.969.043,99 €	329.893,78 €	3.298.937,77 €
83	Kreisverwaltung Bad Dürkheim	3.145.836,43 €	349.537,38 €	3.495.373,81 €
84	Kreisverwaltung Bad Kreuznach	4.748.565,91 €	527.618,43 €	5.276.184,35 €
85	Kreisverwaltung Berncastel-Wittlich	3.741.341,33 €	415.704,59 €	4.157.045,92 €
86	Kreisverwaltung Birkenfeld	2.365.575,26 €	262.841,70 €	2.628.416,96 €
87	Kreisverwaltung Cochem-Zell	1.687.511,83 €	187.501,31 €	1.875.013,14 €
88	Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm	2.710.311,61 €	301.145,73 €	3.011.457,34 €
89	Kreisverwaltung Donnersbergkreis	2.441.023,54 €	271.224,84 €	2.712.248,38 €
90	Kreisverwaltung Germersheim	3.633.121,90 €	403.680,21 €	4.036.802,11 €
91	Kreisverwaltung Kaiserslautern	954.845,36 €	106.093,93 €	1.060.939,29 €
92	Kreisverwaltung Kusel	1.516.005,01 €	168.445,00 €	1.684.450,01 €
93	Kreisverwaltung Mainz-Bingen	6.000.388,75 €	666.709,86 €	6.667.098,61 €
94	Kreisverwaltung Mayen-Koblenz	5.219.407,06 €	579.934,12 €	5.799.341,18 €
95	Kreisverwaltung Neuwied	6.377.410,71 €	708.601,19 €	7.086.011,90 €
96	Kreisverwaltung Rhein-Hunsrück-Kreis	3.706.126,94 €	411.791,88 €	4.117.918,83 €
97	Kreisverwaltung Rhein-Lahn-Kreis	3.085.477,81 €	342.830,87 €	3.428.308,67 €
98	Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis	2.242.031,19 €	249.114,58 €	2.491.145,76 €
99	Kreisverwaltung Südliche Weinstraße	2.825.625,74 €	313.958,42 €	3.139.584,15 €
100	Kreisverwaltung Südwestpfalz	2.023.900,73 €	224.877,86 €	2.248.778,59 €
101	Kreisverwaltung Trier-Saarburg	3.689.933,17 €	409.992,57 €	4.099.925,74 €
102	Kreisverwaltung Vulkaneifel	1.612.666,58 €	179.185,18 €	1.791.851,75 €
103	Kreisverwaltung Westerwaldkreis	4.125.074,39 €	458.341,60 €	4.583.415,99 €
104	Land Rheinland-Pfalz	1.892.674,49 €	210.297,17 €	2.102.971,65 €
105	Landeskrankenhaus Anstalt des öffentlichen Rechts	118.642,06 €	13.182,45 €	131.824,51 €
106	Pfalzklinikum für Psychiatrie und Neurologie Anstalt des öffentlichen Rechts	57.664,85 €	6.407,21 €	64.072,05 €
107	Schulverband Bottenbach	39.630,87 €	4.403,43 €	44.034,30 €
108	Schulverband der Paul-Moor-Schule	52.880,32 €	5.875,59 €	58.755,91 €
109	Schulverband der Stadt und Verbandsgemeinde Trier Stadtverwaltung Trier	62.449,37 €	6.938,82 €	69.388,19 €
110	Schulzweckverband Enkenbach-Alsenborn	342.896,14 €	38.099,57 €	380.995,71 €
111	Schulzweckverband Integrierte Gesamtschule Landstuhl	299.835,42 €	33.315,05 €	333.150,46 €
112	Schulzweckverband Integrierte Gesamtschule Stromberg	327.806,49 €	36.422,94 €	364.229,43 €
113	Schulzweckverband Landkern	48.095,80 €	5.343,98 €	53.439,77 €
114	Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH	39.262,83 €	4.362,54 €	43.625,36 €
115	Stadtverwaltung Alzey	238.505,73 €	26.500,64 €	265.006,36 €
116	Stadtverwaltung Andernach	473.949,63 €	52.661,07 €	526.610,70 €
117	Stadtverwaltung Bad Dürkheim	264.151,06 €	29.350,12 €	293.501,18 €
118	Stadtverwaltung Bad Kreuznach	745.312,89 €	82.812,54 €	828.125,43 €
119	Stadtverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler	472.461,91 €	52.495,77 €	524.957,68 €
120	Stadtverwaltung Bendorf	266.476,79 €	29.608,53 €	296.085,33 €
121	Stadtverwaltung Bingen am Rhein	494.810,44 €	54.978,94 €	549.789,38 €
122	Stadtverwaltung Bitburg	185.625,40 €	20.625,04 €	206.250,45 €
123	Stadtverwaltung Boppard	229.672,76 €	25.519,20 €	255.191,95 €
124	Stadtverwaltung Frankenthal (Pfalz)	3.111.757,28 €	345.750,81 €	3.457.508,09 €
125	Stadtverwaltung Germersheim	343.765,27 €	38.196,14 €	381.961,42 €
126	Stadtverwaltung Grünstadt	217.895,46 €	24.210,61 €	242.106,07 €
127	Stadtverwaltung Herdorf	80.851,39 €	8.983,49 €	89.834,88 €
128	Stadtverwaltung Höhr-Grenzhausen	129.432,72 €	14.381,41 €	143.814,13 €
129	Stadtverwaltung Idar-Oberstein	560.071,08 €	62.230,12 €	622.301,20 €
130	Stadtverwaltung Ingelheim am Rhein	554.299,93 €	61.588,88 €	615.888,81 €
131	Stadtverwaltung Kaiserslautern	5.999.096,31 €	666.566,26 €	6.665.662,57 €
132	Stadtverwaltung Kirn	153.237,85 €	17.026,43 €	170.264,28 €
133	Stadtverwaltung Koblenz	7.705.879,29 €	856.208,81 €	8.562.088,10 €
134	Stadtverwaltung Konz	294.815,90 €	32.757,32 €	327.573,23 €
135	Stadtverwaltung Lahnstein	255.435,58 €	28.381,73 €	283.817,31 €
136	Stadtverwaltung Landau/Pf.	3.153.212,79 €	350.356,98 €	3.503.569,77 €
137	Stadtverwaltung Ludwigshafen/Rh.	11.752.631,90 €	1.305.847,99 €	13.058.479,89 €
138	Stadtverwaltung Mainz	9.946.994,67 €	1.105.221,63 €	11.052.216,30 €
139	Stadtverwaltung Mayen	301.205,64 €	33.467,29 €	334.672,94 €
140	Stadtverwaltung Mülheim-Kärlich	196.549,12 €	21.838,79 €	218.387,91 €
141	Stadtverwaltung Neustadt/W.	2.964.658,63 €	329.406,51 €	3.294.065,14 €
142	Stadtverwaltung Neuwied	945.557,97 €	105.062,00 €	1.050.619,97 €
143	Stadtverwaltung Pirmasens	2.393.812,43 €	265.979,16 €	2.659.791,59 €
144	Stadtverwaltung Remagen	251.019,10 €	27.891,01 €	278.910,11 €
145	Stadtverwaltung Sankt Goar	36.318,50 €	4.035,39 €	40.353,89 €
146	Stadtverwaltung Schifferstadt	310.391,09 €	34.487,90 €	344.878,99 €
147	Stadtverwaltung Sinzig	427.192,95 €	47.465,88 €	474.658,83 €
148	Stadtverwaltung Speyer	2.999.724,40 €	333.302,71 €	3.333.027,11 €
149	Stadtverwaltung Trier	6.428.865,54 €	714.318,39 €	7.143.183,94 €
150	Stadtverwaltung Vallendar	77.539,03 €	8.615,45 €	86.154,47 €
151	Stadtverwaltung Weißenthurm	128.696,64 €	14.299,63 €	142.996,27 €
152	Stadtverwaltung Wittlich	310.524,15 €	34.502,68 €	345.026,83 €
153	Stadtverwaltung Worms	4.502.244,96 €	500.249,44 €	5.002.494,40 €

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
154	Stadtverwaltung Wörth am Rhein	298.261,32 €	33.140,15 €	331.401,47 €
155	Stadtverwaltung Zweibrücken	2.177.522,18 €	241.946,91 €	2.419.469,09 €
156	Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	94.719,43 €	10.524,38 €	105.243,81 €
157	Verbandsgemeindeverwaltung Aar-Einrich	273.101,52 €	30.344,61 €	303.446,13 €
158	Verbandsgemeindeverwaltung Adenau	173.730,62 €	19.303,40 €	193.034,02 €
159	Verbandsgemeindeverwaltung Alsenz-Obermoschel	144.905,97 €	16.100,66 €	161.006,64 €
160	Verbandsgemeindeverwaltung Altenahr	221.826,41 €	24.647,38 €	246.473,79 €
161	Verbandsgemeindeverwaltung Altenkirchen (Westerwald)	306.961,24 €	34.106,80 €	341.068,04 €
162	Verbandsgemeindeverwaltung Alzey-Land	550.016,50 €	61.112,94 €	611.129,44 €
163	Verbandsgemeindeverwaltung Annweiler am Trifels	256.790,25 €	28.532,25 €	285.322,50 €
164	Verbandsgemeindeverwaltung Arzfeld	168.828,60 €	18.758,73 €	187.587,33 €
165	Verbandsgemeindeverwaltung Asbach	361.814,81 €	40.201,65 €	402.016,46 €
166	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Bergzabern	313.100,43 €	34.788,94 €	347.889,37 €
167	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Breisig	185.993,45 €	20.665,94 €	206.659,38 €
168	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Ems-Nassau	590.132,90 €	65.570,32 €	655.703,22 €
169	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Hönningen	165.633,73 €	18.403,75 €	184.037,48 €
170	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Kreuznach	144.287,39 €	16.031,93 €	160.319,32 €
171	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Marienberg (Westerwald)	560.556,62 €	62.284,07 €	622.840,69 €
172	Verbandsgemeindeverwaltung Bad Sobernheim	304.267,46 €	33.807,50 €	338.074,96 €
173	Verbandsgemeindeverwaltung Baumholder	133.363,67 €	14.818,19 €	148.181,86 €
174	Verbandsgemeindeverwaltung Bellheim	46.623,63 €	5.180,40 €	51.804,04 €
175	Verbandsgemeindeverwaltung Berncastel-Kues	499.743,58 €	55.527,06 €	555.270,64 €
176	Verbandsgemeindeverwaltung Betzdorf-Gebhardshain	337.759,13 €	37.528,79 €	375.287,93 €
177	Verbandsgemeindeverwaltung Birkenfeld	298.746,85 €	33.194,09 €	331.940,95 €
178	Verbandsgemeindeverwaltung Bitburger Land	455.931,21 €	50.659,02 €	506.590,24 €
179	Verbandsgemeindeverwaltung Bodenheim	341.807,58 €	37.978,62 €	379.786,20 €
180	Verbandsgemeindeverwaltung Brohlthal	411.382,77 €	45.709,20 €	457.091,97 €
181	Verbandsgemeindeverwaltung Bruchmühlbach-Miesau	337.508,59 €	37.500,95 €	375.009,54 €
182	Verbandsgemeindeverwaltung Cochem	246.868,72 €	27.429,86 €	274.298,58 €
183	Verbandsgemeindeverwaltung Daaden-Herdorf	154.592,52 €	17.176,95 €	171.769,46 €
184	Verbandsgemeindeverwaltung Dahner Felsenland	195.327,51 €	21.703,06 €	217.030,56 €
185	Verbandsgemeindeverwaltung Dannstadt-Schauernheim	152.133,73 €	16.903,75 €	169.037,48 €
186	Verbandsgemeindeverwaltung Daun	411.868,30 €	45.763,14 €	457.631,45 €
187	Verbandsgemeindeverwaltung Deidesheim	170.786,30 €	18.976,26 €	189.762,55 €
188	Verbandsgemeindeverwaltung Diefdorf	167.591,43 €	18.621,27 €	186.212,70 €
189	Verbandsgemeindeverwaltung Diez	355.425,07 €	39.491,67 €	394.916,75 €
190	Verbandsgemeindeverwaltung Edenkoben	313.719,02 €	34.857,67 €	348.576,68 €
191	Verbandsgemeindeverwaltung Eich	319.106,57 €	35.456,29 €	354.562,85 €
192	Verbandsgemeindeverwaltung Eisenberg (Pfalz)	212.006,82 €	23.556,31 €	235.563,13 €
193	Verbandsgemeindeverwaltung Emmelshausen	226.978,98 €	25.219,89 €	252.198,87 €
194	Verbandsgemeindeverwaltung Enkenbach-Alsenborn	289.295,30 €	32.143,92 €	321.439,22 €
195	Verbandsgemeindeverwaltung Flammersfeld	189.556,35 €	21.061,82 €	210.618,17 €
196	Verbandsgemeindeverwaltung Freinsheim	182.563,59 €	20.284,84 €	202.848,43 €
197	Verbandsgemeindeverwaltung Gau-Algesheim	257.158,29 €	28.573,14 €	285.731,43 €
198	Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein	826.915,92 €	91.879,55 €	918.795,46 €
199	Verbandsgemeindeverwaltung Gölheim	176.792,44 €	19.643,60 €	196.436,04 €
200	Verbandsgemeindeverwaltung Hachenburg	409.793,11 €	45.532,57 €	455.325,68 €
201	Verbandsgemeindeverwaltung Hagenbach	173.730,62 €	19.303,40 €	193.034,02 €
202	Verbandsgemeindeverwaltung Hamm (Sieg)	223.533,56 €	24.837,06 €	248.370,63 €
203	Verbandsgemeindeverwaltung Hauenstein	113.857,53 €	12.650,84 €	126.508,37 €
204	Verbandsgemeindeverwaltung Hermeskeil	251.888,23 €	27.987,58 €	279.875,81 €
205	Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein	183.667,71 €	20.407,52 €	204.075,23 €
206	Verbandsgemeindeverwaltung Herxheim	172.743,99 €	19.193,78 €	191.937,77 €
207	Verbandsgemeindeverwaltung Höhr-Grenzhausen	40.734,99 €	4.526,11 €	45.261,10 €
208	Verbandsgemeindeverwaltung Jockgrim	291.018,01 €	32.335,33 €	323.353,34 €
209	Verbandsgemeindeverwaltung Kaisersesch	176.189,41 €	19.576,60 €	195.766,01 €
210	Verbandsgemeindeverwaltung Kandel	218.999,59 €	24.333,29 €	243.332,87 €
211	Verbandsgemeindeverwaltung Kastellaun	236.916,07 €	26.324,01 €	263.240,08 €
212	Verbandsgemeindeverwaltung Katzenelnbogen	122.439,95 €	13.604,44 €	136.044,39 €
213	Verbandsgemeindeverwaltung Kelberg	212.860,39 €	23.651,15 €	236.511,55 €
214	Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg (Hunsrück)	340.335,42 €	37.815,05 €	378.150,46 €
215	Verbandsgemeindeverwaltung Kirchimbolanden	338.009,68 €	37.556,63 €	375.566,31 €
216	Verbandsgemeindeverwaltung Kirchen (Sieg)	305.371,58 €	33.930,18 €	339.301,76 €
217	Verbandsgemeindeverwaltung Kirn-Land	130.787,39 €	14.531,93 €	145.319,32 €
218	Verbandsgemeindeverwaltung Konz	258.881,00 €	28.764,56 €	287.645,55 €
219	Verbandsgemeindeverwaltung Kusel-Altenglan	492.234,16 €	54.692,68 €	546.926,84 €
220	Verbandsgemeindeverwaltung Lambrecht (Pfalz)	226.743,99 €	25.193,78 €	251.937,77 €
221	Verbandsgemeindeverwaltung Lambsheim-Heßheim	260.838,69 €	28.982,08 €	289.820,77 €
222	Verbandsgemeindeverwaltung Landau-Land	181.827,51 €	20.203,06 €	202.030,56 €
223	Verbandsgemeindeverwaltung Landstuhl	523.282,60 €	58.142,51 €	581.425,11 €
224	Verbandsgemeindeverwaltung Langenlonsheim	227.715,06 €	25.301,67 €	253.016,73 €
225	Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein	261.089,24 €	29.009,92 €	290.099,16 €
226	Verbandsgemeindeverwaltung Leiningerland	460.833,23 €	51.203,69 €	512.036,92 €
227	Verbandsgemeindeverwaltung Lingenfeld	314.823,14 €	34.980,35 €	349.803,49 €
228	Verbandsgemeindeverwaltung Linz am Rhein	127.224,48 €	14.136,05 €	141.360,53 €
229	Verbandsgemeindeverwaltung Loreley	380.584,87 €	42.287,21 €	422.872,08 €
230	Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld	406.347,70 €	45.149,74 €	451.497,44 €
231	Verbandsgemeindeverwaltung Maikammer	136.190,50 €	15.132,28 €	151.322,78 €
232	Verbandsgemeindeverwaltung Meisenheim	86.003,96 €	9.556,00 €	95.559,95 €

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
233	Verbandsgemeindeverwaltung Mendig	209.430,54 €	23.270,06 €	232.700,59 €
234	Verbandsgemeindeverwaltung Monsheim	273.101,52 €	30.344,61 €	303.446,13 €
235	Verbandsgemeindeverwaltung Montabaur	960.029,04 €	106.669,89 €	1.066.698,94 €
236	Verbandsgemeindeverwaltung Nastätten	234.206,74 €	26.022,97 €	260.229,71 €
237	Verbandsgemeindeverwaltung Nieder-Olm	573.069,99 €	63.674,44 €	636.744,43 €
238	Verbandsgemeindeverwaltung Oberes Glantal	476.040,38 €	52.893,38 €	528.933,76 €
239	Verbandsgemeindeverwaltung Offenbach an der Queich	182.931,63 €	20.325,74 €	203.257,36 €
240	Verbandsgemeindeverwaltung Otterbach-Otterberg	621.416,33 €	69.046,26 €	690.462,59 €
241	Verbandsgemeindeverwaltung Pellenz	260.102,61 €	28.900,29 €	289.002,90 €
242	Verbandsgemeindeverwaltung Pirmasens-Land	66.129,77 €	7.347,75 €	73.477,53 €
243	Verbandsgemeindeverwaltung Prüm	338.377,72 €	37.597,52 €	375.975,25 €
244	Verbandsgemeindeverwaltung Puderbach	239.241,81 €	26.582,42 €	265.824,23 €
245	Verbandsgemeindeverwaltung Ramstein-Miesenbach	425.720,79 €	47.302,31 €	473.023,10 €
246	Verbandsgemeindeverwaltung Ransbach-Baumbach	409.527,01 €	45.503,00 €	455.030,01 €
247	Verbandsgemeindeverwaltung Rengsdorf-Waldbreitbach	353.835,42 €	39.315,05 €	393.150,46 €
248	Verbandsgemeindeverwaltung Rennerod	507.558,80 €	56.395,42 €	563.954,23 €
249	Verbandsgemeindeverwaltung Rhaunen	89.316,32 €	9.924,04 €	99.240,35 €
250	Verbandsgemeindeverwaltung Rheinböllen	175.938,86 €	19.548,76 €	195.487,62 €
251	Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Mosel	340.233,48 €	37.803,72 €	378.037,20 €
252	Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Nahe	245.381,00 €	27.264,56 €	272.645,55 €
253	Verbandsgemeindeverwaltung Rhein-Selz	707.537,78 €	78.615,31 €	786.153,09 €
254	Verbandsgemeindeverwaltung Rockenhausen	142.447,19 €	15.827,47 €	158.274,65 €
255	Verbandsgemeindeverwaltung Rodalben	193.487,30 €	21.498,59 €	214.985,89 €
256	Verbandsgemeindeverwaltung Römerberg-Dudenhofen	97.045,17 €	10.782,80 €	107.827,96 €
257	Verbandsgemeindeverwaltung Rüdesheim	241.700,59 €	26.855,62 €	268.556,22 €
258	Verbandsgemeindeverwaltung Rülzheim	227.347,02 €	25.260,78 €	252.607,80 €
259	Verbandsgemeindeverwaltung Ruwer	251.152,15 €	27.905,79 €	279.057,95 €
260	Verbandsgemeindeverwaltung Saarburg-Kell	503.392,86 €	55.932,54 €	559.325,40 €
261	Verbandsgemeindeverwaltung Sankt Goar-Oberwesel	86.003,96 €	9.556,00 €	95.559,95 €
262	Verbandsgemeindeverwaltung Schweich an der Römischen Weinstraße	455.430,12 €	50.603,35 €	506.033,47 €
263	Verbandsgemeindeverwaltung Selters (Westerwald)	250.283,02 €	27.809,22 €	278.092,24 €
264	Verbandsgemeindeverwaltung Simmern / Hunsrück	250.400,51 €	27.822,28 €	278.222,79 €
265	Verbandsgemeindeverwaltung Speicher	137.294,62 €	15.254,96 €	152.549,58 €
266	Verbandsgemeindeverwaltung Sprendlingen-Gensingen	233.838,69 €	25.982,08 €	259.820,77 €
267	Verbandsgemeindeverwaltung Stromberg	150.544,07 €	16.727,12 €	167.271,19 €
268	Verbandsgemeindeverwaltung Südeifel	167.356,44 €	18.595,16 €	185.951,60 €
269	Verbandsgemeindeverwaltung Thaleschweiler-Fröschen-Wallhalben	272.381,00 €	30.264,56 €	302.645,55 €
270	Verbandsgemeindeverwaltung Thalfang am Erbeskopf	184.403,79 €	20.489,31 €	204.893,10 €
271	Verbandsgemeindeverwaltung Traben-Trarbach	243.791,34 €	27.087,93 €	270.879,27 €
272	Verbandsgemeindeverwaltung Trier-Land	368.572,59 €	40.952,51 €	409.525,10 €
273	Verbandsgemeindeverwaltung Ulmen	147.349,20 €	16.372,13 €	163.721,34 €
274	Verbandsgemeindeverwaltung Unkel	82.691,59 €	9.187,95 €	91.879,55 €
275	Verbandsgemeindeverwaltung Vallendar	178.014,05 €	19.779,34 €	197.793,39 €
276	Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel	239.625,40 €	26.625,04 €	266.250,45 €
277	Verbandsgemeindeverwaltung Wachenheim an der Weinstraße	156.550,21 €	17.394,47 €	173.944,68 €
278	Verbandsgemeindeverwaltung Waldfischbach-Burgalben	164.897,65 €	18.321,96 €	183.219,61 €
279	Verbandsgemeindeverwaltung Wallmerod	483.886,72 €	53.765,19 €	537.651,92 €
280	Verbandsgemeindeverwaltung Weilerbach	337.273,60 €	37.474,84 €	374.748,44 €
281	Verbandsgemeindeverwaltung Weißenthurm	586.053,34 €	65.117,04 €	651.170,38 €
282	Verbandsgemeindeverwaltung Westerburg	589.764,86 €	65.529,43 €	655.294,29 €
283	Verbandsgemeindeverwaltung Winnweiler	211.270,74 €	23.474,53 €	234.745,26 €
284	Verbandsgemeindeverwaltung Wirges	494.176,30 €	54.908,48 €	549.084,77 €
285	Verbandsgemeindeverwaltung Wissen	138.265,69 €	15.362,85 €	153.628,54 €
286	Verbandsgemeindeverwaltung Wittlich-Land	594.212,46 €	66.023,61 €	660.236,07 €
287	Verbandsgemeindeverwaltung Wöllstein	295.434,49 €	32.826,05 €	328.260,55 €
288	Verbandsgemeindeverwaltung Wonnegau	450.630,04 €	50.070,00 €	500.700,04 €
289	Verbandsgemeindeverwaltung Wörrstadt	442.415,66 €	49.157,30 €	491.572,95 €
290	Verbandsgemeindeverwaltung Zell (Mosel)	249.194,45 €	27.688,27 €	276.882,73 €
291	Verbandsgemeindeverwaltung Zweibrücken-Land	237.166,62 €	26.351,85 €	263.518,46 €
292	Westpfalz Klinikum GmbH	109.691,59 €	12.187,95 €	121.879,55 €
293	Zweckverband Liesel-Metten-Schule	62.081,33 €	6.897,93 €	68.979,26 €
294	Zweckverband Schule für Körperbehinderte	83.059,63 €	9.228,85 €	92.288,48 €
	Summe öffentliche Träger	198.834.815,08 €	22.092.757,23 €	220.927.572,31 €

## Freie Schulträger

295	Angela von Cordier-Stiftung	35.950,46 €	3.994,50 €	39.944,96 €
296	Arbeits- und Förderkreis für Waldorfpädagogik e.V.	166.972,84 €	18.552,54 €	185.525,38 €
297	Barmherzige Brüder Trier gGmbH	69.810,18 €	7.756,69 €	77.566,86 €
298	Bekennnisorientierte Christliche Schule Frankenthal e.V.	50.672,08 €	5.630,23 €	56.302,31 €
299	Betriebsgesellschaft Abtei Marienstatt mbH	229.539,70 €	25.504,41 €	255.044,12 €
300	Bischof von Weis-Stiftung / Landstuhl	293.829,28 €	32.647,70 €	326.476,97 €
301	Bischöfliches Generalvikariat Trier - Hauptabteilung Schule u. Hochschule	2.461.649,36 €	273.516,60 €	2.735.165,95 €
302	Bischöfliches Ordinariat (Bistum Mainz) Dezernat IV Schulen und Hochschulen	2.104.885,18 €	233.876,13 €	2.338.761,31 €
303	Bischöfliches Ordinariat der Diözese Speyer Bistum Speyer	450.982,52 €	50.109,17 €	501.091,69 €
304	Caritas Trägergesellschaft West gGmbH	24.909,25 €	2.767,69 €	27.676,95 €
305	Caritasverband Westerwald-Rhein-Lahn	49.199,92 €	5.466,66 €	54.666,57 €
306	Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.	240.596,47 €	26.732,94 €	267.329,42 €
307	Caritas-Werk St. Martin GmbH	37.422,62 €	4.158,07 €	41.580,69 €



Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
308	CEB-Fortbildungswerk gemeinnützige GmbH	38.526,75 €	4.280,75 €	42.807,50 €
309	Christlicher Schulverein e. V.	92.260,64 €	10.251,18 €	102.511,82 €
310	Christlicher Schulverein Ludwigshafen e.V.	70.178,22 €	7.797,58 €	77.975,80 €
311	Cusanus Trägergesellschaft Trier mbH	28.589,66 €	3.176,63 €	31.766,28 €
312	Diakonissen-Stiftungs-Krankenhaus Speyer gGmbH	82.206,06 €	9.134,01 €	91.340,06 €
313	Dietrich Bonhoeffer Stiftung	190.895,46 €	21.210,61 €	212.106,07 €
314	Dillinger Franziskanerinnen Provinzialat Bamberg	454.294,88 €	50.477,21 €	504.772,09 €
315	DRK gemeinnützige Krankenhausgesellschaft mbH Rheinland-Pfalz	122.204,96 €	13.578,33 €	135.783,29 €
316	DRK Landesverband Rheinland-Pfalz	424.734,16 €	47.192,68 €	471.926,84 €
317	Elisabeth-Stiftung des DRK	101.594,70 €	11.288,30 €	112.883,00 €
318	Elterninitiative Evangelische Grundschule Mogendorf und Nordhofen e.V.	37.422,62 €	4.158,07 €	41.580,69 €
319	Elterninitiative freie Montessori Schule Landau e.V.	284.260,23 €	31.584,47 €	315.844,70 €
320	Elterninitiative Freie Reformschule Speyer e.V.	27.117,49 €	3.013,05 €	30.130,55 €
321	Ev. Diakonissenanstalt	204.763,50 €	22.751,50 €	227.515,01 €
322	Ev. Gymnasium Bad Marienberg gGmbH	284.009,68 €	31.556,63 €	315.566,31 €
323	Ev. Heimstiftung Pfalz	74.226,66 €	8.247,41 €	82.474,07 €
324	Ev. Kinder- und Jugendhilfe Oberbieber	60.977,21 €	6.775,25 €	67.752,45 €
325	Ev. Kirche der Pfalz	260.823,14 €	28.980,35 €	289.803,49 €
326	Ev. Kirche im Rheinland Landeskirchenamt	663.709,86 €	73.745,54 €	737.455,40 €
327	Förderverein Waldorfschule Lahn/Taunus e.V.	123.912,11 €	13.768,01 €	137.680,13 €
328	Franziskusbrüder vom Heiligen Kreuz e.V.	33.006,14 €	3.667,35 €	36.673,49 €
329	Freie ev. Bekenntnisschule Altenkirchen e.V.	75.698,82 €	8.410,98 €	84.109,81 €
330	Freie Montessori Schule-Westerwald e.V.	98.517,33 €	10.946,37 €	109.463,70 €
331	Freie Schule Pirmasens e.V.	39.262,83 €	4.362,54 €	43.625,36 €
332	Frohe Kinder- und Elternzeit e.V.	25.277,29 €	2.808,59 €	28.085,88 €
333	Gemeinnützige Gesellschaft der Katharinenwestern mbH Krankenhaus Maria Hilf	55.456,60 €	6.161,84 €	61.618,45 €
334	Gemeinnütziges Montessorizentrum natürlich lernen UG (haftungsbeschränkt)	35.582,42 €	3.953,60 €	39.536,03 €
335	Genossenschaft zur Förderung naturwissenschaftlich-technischer Bildung eG	40.734,99 €	4.526,11 €	45.261,10 €
336	Gymnasium Speicher eG	24.173,17 €	2.685,91 €	26.859,08 €
337	Heinrich Kimmle Stiftung Pirmasens	56.560,72 €	6.284,52 €	62.845,25 €
338	JG-Gruppe Heinrich-Haus gGmbH	429.150,64 €	47.683,40 €	476.834,05 €
339	Jugendwerk St. Josef Katholischer Fürsorgeverein	119.495,63 €	13.277,29 €	132.772,92 €
340	Kath. Jugendfürsorgeverein für die Diözese Speyer e.V.	74.594,70 €	8.288,30 €	82.883,00 €
341	Katharina Kasper ViaSalus GmbH	36.318,50 €	4.035,39 €	40.353,89 €
342	Kathol. Erziehungsverein GmbH	59.137,01 €	6.570,78 €	65.707,79 €
343	Katholisches Klinikum Koblenz-Montabaur Bildungscampus Koblenz	83.795,71 €	9.310,63 €	93.106,35 €
344	Klinikum Mutterhaus der Borromäerinnen gGmbH	87.358,62 €	9.706,51 €	97.065,14 €
345	Kongregation der Dominikanerinnen zur Hl. Maria Magdalena Speyer	50.304,04 €	5.589,34 €	55.893,38 €
346	Krankenhaus Maria Hilf GmbH	38.158,71 €	4.239,86 €	42.398,56 €
347	Krankenhaus-Stiftung der Niederbronner Schwestern	37.422,62 €	4.158,07 €	41.580,69 €
348	Kührer Fürsorge GmbH Herz Jesu Haus Kühr	21.228,85 €	2.358,76 €	23.587,61 €
349	Lebenshilfe e.V. Trier	45.151,47 €	5.016,83 €	50.168,30 €
350	Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Kreisvereinigung Bad Dürkheim	51.408,16 €	5.712,02 €	57.120,18 €
351	Leifheit-Campus eG	72.386,46 €	8.042,94 €	80.429,40 €
352	Lernen für das Leben, freie Waldorfschule e.V.	23.805,13 €	2.645,01 €	26.450,15 €
353	Ludwig Fresenius Schulen gemeinnützige GmbH	36.318,50 €	4.035,39 €	40.353,89 €
354	Mainzer Steinhöfelschule Partnerschaft	96.677,13 €	10.741,90 €	107.419,03 €
355	Marienhaus Kliniken GmbH	277.283,02 €	30.809,22 €	308.092,24 €
356	Marienkrankenhaus Cochem GmbH	38.894,79 €	4.321,64 €	43.216,43 €
357	Montessori Fördergemeinschaft Ingelheim e.V.	104.774,01 €	11.641,56 €	116.415,57 €
358	Montessorizentrum Sonnenschein gemeinnütziger e.V.	16.812,36 €	1.868,04 €	18.680,40 €
359	Nardini Klinikum GmbH	42.575,19 €	4.730,58 €	47.305,77 €
360	Nardinihaus Pirmasens Zentrum für Erziehungshilfe	34.110,26 €	3.790,03 €	37.900,29 €
361	Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz	105.392,60 €	11.710,29 €	117.102,89 €
362	Oranien - Campus Altendiez eG	105.142,06 €	11.682,45 €	116.824,51 €
363	Pallottiner Jugendhilfe und Bildungswerk gGmbH	34.110,26 €	3.790,03 €	37.900,29 €
364	PHS - Bildungsträger GmbH	69.074,10 €	7.674,90 €	76.749,00 €
365	Priv. Gym. Nonnenwerth gemeinn. GmbH	233.588,15 €	25.954,24 €	259.542,39 €
366	Provinzialat der Salesianer Don Boscos	84.046,26 €	9.338,47 €	93.384,73 €
367	Provinzialat der Schönstätter Marienschwestern	353.083,78 €	39.231,53 €	392.315,31 €
368	Raiffeisen-Campus eG	145.626,50 €	16.180,72 €	161.807,22 €
369	Rheinische Gesellschaft für Innere Mission und Hilfswerk GmbH	56.928,77 €	6.325,42 €	63.254,18 €
370	Saarländischer Schwesternverband e.V.	20.124,73 €	2.236,08 €	22.360,81 €
371	Schulstiftung Blandine-Merten-Realschule Trier	222.546,94 €	24.727,44 €	247.274,37 €
372	Schulstiftung Calvarienberg Ahrweiler	423.379,49 €	47.042,17 €	470.421,66 €
373	Schulträgersgesellschaft Eberhard Scholl Orнау	30.061,82 €	3.340,20 €	33.402,02 €
374	Schulverein Weierhof e.V.	343.264,18 €	38.140,46 €	381.404,65 €
375	SHG Saarland-Heilstätten GmbH	46.255,59 €	5.139,51 €	51.395,10 €
376	St. Dominikus Krankenhaus und Jugendhilfe gGmbH	69.692,68 €	7.743,63 €	77.436,32 €
377	St. Dominikus Schulen gGmbH	864.307,43 €	96.034,16 €	960.341,59 €
378	St. Hildegardisshaus gGmbH Jugend- und Behindertenhilfe	113.489,49 €	12.609,94 €	126.099,43 €
379	St. Hildegard-Schulgesellschaft mbH	347.312,63 €	38.590,29 €	385.902,92 €
380	St. Nikolaus Stifftshospital GmbH	33.006,14 €	3.667,35 €	36.673,49 €
381	St. Raphael Caritas Alten- und Behindertenhilfe GmbH	36.686,54 €	4.076,28 €	40.762,83 €
382	StD i. Pr. Corinna Gahl-Haupt (Dr. Zimmermannsche Wirtschaftsschule)	86.740,04 €	9.637,78 €	96.377,82 €
383	Steinhöfelschule gGmbH	35.950,46 €	3.994,50 €	39.944,96 €
384	Stiftung Kreuznacher Diakonie	357.398,33 €	39.710,93 €	397.109,25 €
385	Stiftung Maria Ward-Schule	488.890,68 €	54.321,19 €	543.211,87 €
386	Trägersgesellschaft St.-Josef-Gymnasium Biesdorf gGmbH	218.866,53 €	24.318,50 €	243.185,04 €

Lfd.Nr.	Schulträger	Bundesmittel	Eigenanteil	Budget
387	Verein Freie Christliche Schule Neuwied e.V.	219.485,12 €	24.387,24 €	243.872,36 €
388	Verein für ein freies Erziehungswesen e.V. Neustadt-Frankeneck	59.505,05 €	6.611,67 €	66.116,72 €
389	Verein zur Förderung der freien Waldorfschule e.V.	169.917,16 €	18.879,68 €	188.796,85 €
390	Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik e.V.	154.827,51 €	17.203,06 €	172.030,56 €
391	Verein zur Förderung der Waldorfpädagogik in Koblenz e.V.	165.132,64 €	18.348,07 €	183.480,71 €
392	Vincentinum	96.677,13 €	10.741,90 €	107.419,03 €
393	Vinzentius Krankenhaus Landau GmbH	56.443,23 €	6.271,47 €	62.714,70 €
394	Waldorfschulverein Hunsrück-Mosel e.V.	60.609,17 €	6.734,35 €	67.343,52 €
395	Waldorfschulverein Mainz e.V.	159.612,03 €	17.734,67 €	177.346,70 €
	Summe freie Träger	18.271.734,92 €	2.030.192,77 €	20.301.927,69 €
	Gesamt öffentliche und freie Träger	217.106.550,00 €	24.122.950,00 €	241.229.500,00 €